

Der archimedische Punkt

Was gehört wem, warum? Eigentum und Gesellschaft

von Oskar Lafontaine

Der Entwurf des Grundsatzprogramms der Partei Die Linke wird erfreulicherweise intensiv und kontrovers diskutiert. Dabei wird auch die antikapitalistische Grundorientierung des Programms in Frage gestellt. Sie muss aber erhalten bleiben, weil ohne sie keine demokratisch sozialistische Gesellschaft entstehen kann.

Der archimedische Punkt ist dabei die Eigentumsfrage. 1913 schrieb der renommierte Historiker Charles Beard, dass die amerikanische Verfassung die ökonomischen Interessen derer widerspiegelt, die sie geschrieben hatten. Warum kam Beard zu diesem Ergebnis?

Eine Antwort finden wir bereits bei Marx und Engels in der Deutschen Ideologie: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, das heißt, die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht.“

Wenn wir uns fragen, warum es nur selten gelingt, gängige Klischees und Vorurteile zu überwinden, dann müssen wir immer bedenken: Die Sprache, selbst immer Ausdruck des Zeitgeistes, formt unsere Wahrnehmung. Es ist für uns alle schwer, der überlieferten Begriffswelt zu entkommen. Adorno und Horkheimer erläutern das in der Dialektik der Aufklärung: „Es gehört zum heillosen Zustand, dass auch der ehrlichste Reformers, der in abgegriffener Sprache die Neuerung empfiehlt, durch Übernahme des eingeschliffenen Kategorieapparates und der dahinter stehenden schlechten Philosophie die Macht des Bestehenden verstärkt, die er brechen möchte.“

Das Problem der Verfassungstexte der parlamentarischen Demokratien ist, daß die dort verwandten Begriffe nicht definiert sind. Das gilt vor allem für den Begriff des Eigentums. Was ist eigentlich Eigentum? Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise finden wir auf diese Frage keine Antwort. Aber in § 950 des Bürgerlichen Gesetzbuches steht: „Wer durch Verarbeitung oder Umbildung eines oder mehrerer Stoffe eine neue bewegliche Sache herstellt, erwirbt das Eigentum an der neuen Sache ...“

Würden die Deutschen diese Bestimmungen ernst nehmen, dann müssten sie ihre Wirtschaftsordnung vom Grunde her neu gestalten. Nun gibt es in vielen Staaten Eingriffe in das Eigentum, etwa durch Steuern, Enteignungen zum Zwecke des Ausbaus der Infrastruktur oder auch durch Subventionen.

Aber warum wird trotz dieser Eingriffsmöglichkeiten die Vermögensverteilung immer ungerechter?

Weil das Eigentum in unserer Gesellschaft in vielen Fällen nicht dem zugesprochen wird, dem es von Rechts wegen zusteht.

Die dem § 950 des Bürgerlichen Gesetzbuches zugrunde liegende Auffassung vom Eigentum ist keineswegs neu. Schon Wilhelm von Humboldt schrieb: „Nun aber hält der Mensch das nie so sehr für sein, was er besitzt, als was er tut, und der Arbeiter, welcher einen Garten bestellt, ist vielleicht in einem wahreren Sinne Eigentümer als der müßige Schwelger, der ihn genießt.“

Und, man glaubt es kaum, der amerikanische Präsident Abraham Lincoln sagte schon 1847:

„Die meisten schönen Dinge sind durch Arbeit entstanden, woraus von Rechts wegen folgen sollte, dass diese Dinge jenen gehören, die sie hergestellt haben. Aber es hat sich zu allen Zeiten so ergeben, dass die einen gearbeitet haben, und die anderen, ohne zu arbeiten, genossen den größten Teil der Früchte. Das ist falsch und sollte nicht fortgesetzt werden.“

Das ist heute noch der Kern des Programms der politischen Linken. Die Früchte der Arbeit gehören denjenigen, die sie geschaffen haben. Das Privateigentum galt und gilt in bürgerlichen Gesellschaften als Garant einer freien Gesellschaft und persönlicher Freiheit. Nur das Privateigentum führe zu wirtschaftlichem Fortschritt, wecke die Eigeninitiative, stärke die Selbstverantwortung und gewährleiste die persönliche Entfaltung.

Doch nach wie vor hat diese Art von liberaler Selbstverantwortung einen Schönheitsfehler: Sie gilt nur für wenige und wird der Mehrheit nicht zugebilligt. In einer Gesellschaft, in der die übergroße Mehrheit kein Vermögen und keine Produktionsmittel besitzt, lassen sich die Privilegien einer besitzenden Minderheit durch das Argument, sie wirkten persönlichkeitsbildend und garantierten die Freiheit, nicht als gesellschaftlich nützlich legitimieren. In der frühen liberalen Gesellschaftstheorie ergab diese Eigentumsauffassung noch einen Sinn.

Das private, weder durch obrigkeitsstaatliche noch durch traditionelle oder religiöse Vorschriften beschränkte Eigentum war ein Instrument des wirtschaftlichen Fortschritts, ein Ferment der Auflösung der feudalen Ordnung und der Herstellung der staatsbürgerlichen politischen Freiheit. Für die Väter des Liberalismus war das Privateigentum wegen dieser für die ganze Gesellschaft nützlichen Konsequenz legitim. Aber heute sind derartige Legitimationskriterien fragwürdig und von der Geschichte außer Kraft gesetzt worden.

In der liberalen Gesellschaftstheorie legitimierte sich das wirtschaftliche Privateigentum nur durch den von ihm erzeugten gesellschaftlichen Nutzen.

Heute kann diese liberale Gesellschaftstheorie auch dazu herangezogen werden, die Neuverteilung des Eigentums am Vermögen und am Produktivvermögen zu begründen. So wie die Neuverteilung des Eigentums ein Ferment der Auflösung der feudalen Ordnung und der Herstellung der bürgerlichen Freiheit war, so ist heute die gerechtere Verteilung des Vermögens und des Produktivvermögens das Ferment zur Auflösung des Feudalismus in der Wirtschaft und zur Herstellung einer demokratischen Gesellschaft. Die Beteiligung der Belegschaften an ihren Betrieben eröffnet den Weg zu einer freieren und einer demokratischeren Gesellschaft. Wie kein anderer hat das der deutsche Liberale Karl-Hermann Flach formuliert:

„Heute sehen wir noch viel klarer, dass Privateigentum an Produktionsmitteln und Marktfreiheit zu einer immer größeren Ungleichheit führen, welche die Freiheit der großen Zahl gegenüber der Freiheit kleinerer Gruppen unerträglich einschränkt. Die Vermögenskonzentration in den westlichen Industriestaaten führt selbst bei wachsendem Lebensstandard und steigender sozialer Sicherung der lohnabhängigen Massen zu einer Disparität, welche der Begründung der Besitzverhältnisse mit dem Begriff der persönlichen Freiheit jede Grundlage entzieht.“ So äußerte sich ein führender Liberaler vor drei Jahrzehnten, und er fährt fort: „Das Problem des Kapitalismus besteht nicht darin, dass Unternehmen Gewinne erwirtschaften, sondern darin, dass die ständig notwendige Reinvestition des größten Teiles der Gewinne nicht nur moderne Produktionsanlagen und Arbeitsplätze schafft, sondern eine ständige Vermögensvermehrung in der Hand der Vorbesitzer der Produktionsmittel.“ Daher laste der Kapitalismus als vermeintlich logische Folge des Liberalismus auf ihm wie eine Hypothek.

Die Befreiung des Liberalismus aus seiner Klassengebundenheit und damit vom Kapitalismus sei daher die Voraussetzung seiner Zukunft. Im Finanzkapitalismus heutiger Prägung wird der größte Teil der Gewinne nicht mehr in moderne Produktionsanlagen reinvestiert; vielmehr wird er im weltweiten Spielkasino verzockt, mit verheerenden Folgen für die Menschen, vor allem für die Hungernden und die Kranken dieser Welt. Der Finanzkapitalismus enteignet die Beschäftigten nicht nur dadurch, dass er ihnen den Zuwachs des Produktivvermögens vorenthält; er verschärft Jahr für Jahr die ohnehin bestehende soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit durch fallende Löhne, Renten und soziale Leistungen bei gleichzeitigen spekulationsbedingten Preissteigerungen.

Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag mit einer anderen Verteilung des Vermögens und des Eigentums an Produktionsmitteln. Nur so schaffen wir die gesellschaftliche Basis, um den Finanzkapitalismus in die Schranken zu weisen. Erst eine andere Eigentumsstruktur verteilt die Macht neu und eröffnet die Chance, die Früchte des gemeinsam Erwirtschafteten gerecht zu verteilen.

Die unsoziale Politik der neoliberalen Ära würde so beendet werden. Die Kriege der letzten Jahre waren Verteilungskriege, um Rohstoffe und Absatzmärkte. Jean Jaurès analysierte vor 100 Jahren:

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ Eine antikapitalistische Politik ist daher im besten Sinne Friedenspolitik. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Für die Linke gilt: Krieg ist kein Mittel der Politik. Alle Versuche, diese klare Position der Partei Die Linke aufzuweichen, sind zum Scheitern verurteilt. Eine durch die Beteiligung der Belegschaften an den Unternehmen geprägte Wirtschaftsordnung dient darüber hinaus auch der Erhaltung unserer Umwelt. Echte solidarische gesellschaftliche Verantwortlichkeit kann der Mensch bei seiner Arbeit nur entwickeln, wenn er im Arbeitsprozess nicht entmündigt wird. Produktive Arbeit ist Umformung der Natur zu Gebrauchsgütern. Wer im Arbeitsprozess von jeglicher Verantwortlichkeit enteignet worden ist, der wird auch gegenüber dem Gegenstand seiner Arbeit, der Natur, nicht die notwendige Verantwortung empfinden. Daher müssten diejenigen, die für einen verantwortlichen Umgang des Menschen mit der Natur plädieren, dafür eintreten, dass solidarische Verantwortlichkeit im Arbeitsprozess entstehen kann.

Aus dem bisher Gesagten folgt: Wir brauchen eine andere, eine neue Eigentumsordnung, wenn wir mehr Freiheit ermöglichen und eine friedliche, soziale, ökologische und demokratische Gesellschaft aufbauen wollen.